

Freiheit

Ein Frontlines-Bericht für den IGB-Vorstand
Oktober 2015



Inhalt

Einführung	3
Demokratische Spielräume schwinden	4
Die Folgen der Angriffe auf Rechte und Freiheiten und die Antworten des IGB	7
Die Folge: Konflikte und Vertreibungen	7
Die Folge: Korruption	9
Die Folge: Straffreiheit und Gewaltverbrechen	12
Die Folge: Ungleichheit und Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte	14

Einführung

UNSERE RECHTE UND FREIHEITEN SIND UNTER BESCHUSS GERATEN. DIE DEMOKRATISCHEN SPIELRÄUME WERDEN KLEINER, UND DIE MENSCHEN LEBEN ZUNEHMEND IN UNSICHERHEIT UND ANGST.

Millionen Menschen in Konfliktsituationen fürchten um ihr Leben und verlassen auf der Suche nach einem sicheren Zufluchtsort ihre Heimat. Die Folge: die größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Die weltweiten Militärausgaben belaufen sich auf nahezu 1,8 Billionen Dollar bzw. 2,3 Prozent des globalen BIP. Die menschlichen und wirtschaftlichen Kosten der bewaffneten Konflikte in Syrien, im Irak und anderswo sind unabsehbar.

Hunderte Millionen Menschen, die nicht von bewaffneten Konflikten betroffen sind, leben ebenfalls in allgegenwärtiger Angst vor den Repressionen autoritärer Regierungen, die individuelle Rechte und Freiheiten, Vereinigungsfreiheit und Rechte bei der Arbeit verweigern.

Und überall fürchten die Menschen angesichts der nach wie vor historisch hohen Arbeitslosigkeit den Verlust ihrer Arbeitsplätze und Einkommen.

Die Menschen haben ihr Vertrauen in die Regierungen verloren. Die Weltweite Umfrage des IGB 2012 ergab, dass lediglich 13 Prozent der Befragten der Meinung waren, dass die Wähler wirtschaftliche Entscheidungen beeinflussen können. Aus der Weltweiten Umfrage des IGB 2013 ging hervor, dass nur 13 Prozent glaubten, dass es ihrer Regierung vorrangig um die Interessen erwerbstätiger Familien geht, und in keinem einzigen bei der Weltweiten Umfrage 2014 erfassten Land war die Mehrheit der Ansicht, dass das Wirtschaftssystem für den Großteil der Menschen fair ist.

Arbeitsplätze werden abgebaut, und die Jugendarbeitslosigkeit wird zu einem strukturellen Problem, wobei es Anzeichen für einen sozialen Zusammenbruch und soziale Unruhen gibt. Die Ungleichheit wird größer und die Lohnquote steigt nicht weiter an, weil die Wirtschaft stagniert und Mindestlöhne und Tarifverhandlungen unter Beschuss geraten sind. Auch der soziale Schutz wird attackiert, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem er dringend benötigt wird. Die Folge ist eine Verschärfung der durch die Sparmaßnahmen und die Dominanz der Wirtschaft über die Politik ausgelösten Verarmung. Die Korruption wird immer endemischer, und es gibt weitere Anhaltspunkte für ihre negativen Auswirkungen in jeder Region der Welt.

Durch die Klimaveränderungen eskalieren die Gefahren weiter. Katastrophale Wetterereignisse richten verheerende Schäden in Ländern und Gemeinwesen an, und das Schreckgespenst massiver Entwurzelung und Konflikte rückt immer näher.

Die Menschheit steht vor immensen Herausforderungen, und diesen Herausforderungen kann nur durch das Engagement und die Beteiligung der Menschen begegnet werden, wenn es darum geht, Lösungen zu finden und sie in die Praxis umzusetzen. Demokratie ist von zentraler Bedeutung für die Fähigkeit der Menschen, ihre eigene Zukunft zu gestalten. Die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften, die Zivilgesellschaft und die Menschen überall müssen jedoch erleben, dass die gesetzlich verankerten Rechte, die Vereinigungsfreiheit, die Redefreiheit und die Versammlungsfreiheit unter Beschuss geraten sind und die demokratischen Spielräume kleiner werden.

Demokratische Spielräume schwinden

OHNE FREIE, REPRÄSENTATIVE UND UNABHÄNGIGE GEWERKSCHAFTEN IST WIRKLICHE DEMOKRATIE NICHT MÖGLICH.

Durch eine kollektive Vertretung werden Arbeitsplätze demokratisiert, haben die Beschäftigten die Möglichkeit, einen fairen Anteil am durch ihre Arbeitsleistung erwirtschafteten Einkommen zu erhalten und menschenwürdige Arbeitsbedingungen auszuhandeln. Gewerkschaften und Tarifverhandlungen bauen Ungleichheiten durch die Anhebung der Lohnuntergrenzen und durch ihren Beitrag zum Armutsabbau und zu nachhaltigen Volkswirtschaften ab. Die wirtschaftliche Nachfrage hängt von der Kaufkraft der Menschen ab, und die Stagnation der Weltwirtschaft geht in hohem Maße auf die politische Entscheidung zurück, Tarifverhandlungen einzuschränken oder vollkommen zu unterbinden. Die Gewerkschaften sind somit definitionsgemäß Triebkräfte einer fortschrittlichen Bewegung für gerechte Gesellschaften.

Die ArbeitnehmerInnen existieren jedoch nicht isoliert von ihren Gemeinwesen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind unerlässlich für die Gewerkschaften, um in wirksamer Weise zur Wirtschafts- und Sozialpolitik beizutragen und die Regierungen zur Verantwortung ziehen zu können, wenn sich die Anliegen der arbeitenden Menschen nicht in ihren Entscheidungsprozessen widerspiegeln.

Darum stehen die Gewerkschaften stets in vorderster Front, wenn es darum geht, für demokratische Veränderungen und soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. In vielen Ländern sind wir die organisierte Stimme der Opposition gegenüber Regierungen, die auf Geheiß mächtiger Unternehmen und persönlicher Interessen handeln. Die Gewerkschaften haben erfolgreich gegen das rassistische Apartheid-Regime in Südafrika mobil gemacht, und sie haben sich durch die Organisation

von Streiks und Massenprotesten in Ländern wie Brasilien Militärdiktaturen widersetzt.

In der jüngeren Vergangenheit ist die UGTT maßgeblich an der Mobilisierung und den Verhandlungen über den Übergang zur Demokratie in Tunesien beteiligt gewesen, und es wurde dort vermieden, so viel Blut zu vergießen wie in anderen Ländern während des sogenannten „Arabischen Frühlings“. Die Gewerkschaften waren die treibende Kraft beim Entwurf einer tunesischen Verfassung, die grundlegende Prinzipien wie Gewaltenteilung, eine unabhängige Justiz, Vereinigungsfreiheit, das Vereinigungsrecht und das Streikrecht garantiert. Die Errungenschaften der UGTT sind Teil der großen Tradition des gewerkschaftlichen Aktivismus für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit überall auf der Welt.

Repressive Regierungen und ihre Verbündeten in Unternehmenskreisen intensivieren jedoch ihre Bemühungen um die Begrenzung demokratischer Spielräume. Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen, die öffentliche Kontrollen, Rechenschaftspflicht und Teilhabe fordern, bedeuten eine erhebliche Gefahr für die Machtkonzentration, von der eine kleine Elite profitiert.

Grundrechte wie Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, die nicht nur die Säulen demokratischer Gesellschaften sind, sondern den ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen auch ein Mitspracherecht in den Entscheidungsprozessen ermöglichen, sind in vielen Ländern unter dem Deckmantel einer Sicherheitsagenda unter Beschuss geraten.

Terroristische Bedrohungen werden von den Regierungen als Vorwand benutzt, um Grundfreiheiten, die das Standbein jeder demokratischen Gesellschaft sind, einzuschränken. In anderen Ländern werden Spurmaß-

nahmen und Bemühungen um ausländische Investitionen dazu verwendet, um repressive Gesetze und Maßnahmen durchzusetzen und somit eine demokratische Teilhabe zu unterbinden.

Es werden gesetzliche und institutionelle Barrieren eingeführt, um eine aktive Einflussnahme der Öffentlichkeit zu begrenzen. Nahezu die Hälfte aller Staaten der Welt haben Kontrollen eingeführt, die Zehntausende Organisationen in aller Welt betreffen, indem das Recht auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit beschnitten wird.

In anderen Fällen hat das Fehlen eines Rechtsrahmens die traditionelle Marginalisierung von Frauen, jungen Menschen und Minderheiten intensiviert. In diesen Fällen bestimmen kulturelle Normen und Machtverhältnisse, wer am politischen Leben teilnimmt und wer ausgegrenzt wird.

Die Zahl der willkürlichen Verhaftungen und Inhaftierungen von ArbeitnehmerInnen, die ihre Rechte in legitimer und friedlicher Weise wahrnehmen, hat enorm zugenommen. Der Globale Rechtsindex des IGB 2015 belegt, dass die Zahl der Länder, in denen auf dieses Mittel zurückgegriffen wird, um AktivistInnen zum Schweigen zu bringen und einzuschüchtern, im vergangenen Jahr von 35 auf 44 angestiegen ist.

Der Polizeichef von Hongkong hat letztes Jahr angekündigt, dass die „maßgeblichen Organisatoren“ der Regenschirm-Bewegung, einschließlich führender GewerkschaftsvertreterInnen, als Reaktion auf die friedlichen Versammlungen und Proteste verhaftet würden.

In Europa werden AktivistInnen, auch in etablierten Demokratien wie Spanien, festgenommen oder strafrechtlich belangt, weil sie sich den Sparmaßnahmen mit Streiks und Protesten widersetzen.

Usbekistan und seine Nachbarländer sind wiederholt mit erfundenen Anklagepunkten gegen AktivistInnen der Zivilgesellschaft vorgegangen.

Gegen schätzungsweise 1.400 Menschen wurde während des Jahres 2014 in Ägypten aufgrund eskalierter Proteste im Zusammenhang mit politischen Unruhen die Todesstrafe verhängt. Etwa 1.900 Gefangene wurden gefoltert, nachdem sie wegen ihrer Beteiligung an

der Protestbewegung 2011 in Bahrain inhaftiert worden waren.

Angaben des Ausschusses zum Schutz von Journalisten zufolge wurden im Jahr 2014 61 JournalistInnen weltweit getötet, während von der nichtstaatlichen Organisation Global Witness gesammelte Informationen belegen, dass 2014 mindestens 116 Umweltschützer ermordet wurden.

Repressive Regierungen greifen zudem auf umständliche und vage Zulassungsverfahren ohne transparente Kriterien zurück, um den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft Steine in den Weg zu legen. Zulassungsanträge werden nicht fristgerecht geprüft, und die Antragsteller bekommen keine Erklärung und keine Möglichkeit, Einspruch zu erheben, wenn ihnen die Zulassung verweigert wird. Anträge werden auf unbefristete Zeit abgelagert und ohne Begründung abgelehnt.

In mindestens 57 Ländern unterliegt die ungehinderte Gründung von Gewerkschaften ohne vorherige Genehmigung gesetzlichen Beschränkungen, die ihre Möglichkeiten, friedliche und legitime Aktivitäten durchzuführen, begrenzen. Mit derartigen Mitteln wird auch zunehmend auf zivilgesellschaftliche AktivistInnen abgezielt. In China wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das es nichtstaatlichen Organisationen zur Auflage macht, sich bei der Polizei anzumelden und eine Genehmigung zu beantragen, um Aktivitäten durchführen zu können. Zudem müssen sie einer Überwachungsstelle jährliche Tätigkeitspläne und Haushalte einreichen.

Darüber hinaus haben die Regierungen damit begonnen, die Finanzierung von Programmen im Zusammenhang mit Demokratie und Grundrechten zu kontrollieren und zu kürzen. Internationale Hilfsgruppen sehen sich Schikannen und missbräuchlichen gerichtlichen Schritten ausgesetzt, und internationale Solidaritätsaktionen werden immer häufiger verboten.

Indien hat die Umweltorganisation Greenpeace als „antinationale“ bezeichnet, ihre Bankkonten gesperrt, ausländische Beschäftigte deportiert und Ortskräfte daran gehindert, ins Ausland zu reisen. Die Zulassungen von mehr als 13.000 Organisationen wurden in Indien wegen angeblicher Verstöße gegen ein Gesetz über ausländische Finanzmittel aufgehoben.

Die weißrussische Diktatur hat unabhängige Gewerkschaften, die für eine echte Arbeitnehmervertretung kämpfen, ins Visier genommen, indem ihre Soli-Mittel aus dem Ausland kontrolliert und begrenzt werden.

In Kasachstan und Aserbaidschan gelten ernsthafte Beschränkungen für die Bereitstellung von Unterstützung aus dem Ausland für die Gewerkschaften.

Die Zentralregierungen tragen sicher erhebliche Verantwortung für den globalen Trend, demokratische Spielräume zu begrenzen. Teil des Problems sind aber oft auch Lokalpolitiker mit korrupten Beziehungen zu den Sicherheitskräften, zu Unternehmen und zum organisierten Verbrechen, wodurch friedliche und legitime Aktivitäten schwierig und sogar gefährlich werden. Besonders ausgeprägt ist dies, wenn es um Land/Boden und Ressourcen geht und Energieunternehmen, mineralgewinnende Industrien, große Agrarbetriebe und Immobilienunternehmen darin verwickelt sind. Zudem ist von einigen multilateralen Organisationen bekannt, dass sie Missbräuche von Regierungen oder Vertragspartnern stillschweigend dulden.

Aus einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, At Your Own Risk, geht hervor, dass es die Weltbank versäumt hat, in Ländern, in denen sie Programme durchführt und in denen die Spielräume begrenzt sind oder schwinden, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die die Beteiligung der Öffentlichkeit und soziale Rechenschaftspflicht ermöglichen. Die Weltbank hat zudem nichts getan, um gegenüber den Regierungen konkret auf Versuche hinzuweisen, die auf die Aushöhlung dieser Rechte abzielen, auch nicht in Fällen, in denen Menschen gezielt Missbräuchen ausgesetzt waren, weil sie versucht hatten, die Weltbankgruppe über bedenkliche Rechtsfragen zu unterrichten. Vertreter des Staates und der Wirtschaft haben diejenigen, die von der Weltbankgruppe finanzierte Projekte kritisieren, eingeschüchtert oder schikaniert, ihnen mit tätlichen Angriffen, mit dem Tod und unbegründeten Strafanzeigen gedroht und sie überwachen lassen. Aktivistinnen sehen sich zum Teil geschlechtsspezifischen Drohungen und Missbräuchen ausgesetzt. In anderen Fällen haben Vertreter des Staates und der Wirtschaft die Existenzgrundlagen der Kritiker in Frage gestellt, indem sie etwa mit Kündigung drohten, die Arbeitslosenunterstützung kürzten oder die Arbeitsbelastung erhöhten.

Die Menschen reagieren auf diese Praktiken, indem sie sich global organisieren und sich außerhalb der etablierten Politik Gehör verschaffen. An vielen Orten überall auf der Welt setzen sich die Bürgerinnen und Bürger mit ganz unterschiedlichem Hintergrund für Themen und Sachen ein, die ihr Leben stark beeinflussen, die aber von ihren Regierungen ignoriert werden.

In Chile hat nach 20 Jahren erstmals wieder eine Massenbewegung, ein breites Bündnis aus Schülern, Studenten und Gewerkschaften, damit begonnen, eine demokratische öffentliche Bildung für alle, durchschlagendere Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmerrechte und die Trennung von Wirtschaft und Parteiliten sowie politischen Entscheidungsprozessen zu fordern. Am 28. März 2015 gingen mehr als 100.000 Menschen auf die Straße, und zwei Wochen später demonstrierten mehr als 200.000 im ganzen Land, um ihrer Unzufriedenheit über die Unzulänglichkeit der Bildungsreform Ausdruck zu verleihen.

Millionen indische Beschäftigte haben sich im September 2015 an einem landesweiten Streik beteiligt, zu dem die zehn größten Gewerkschaften aufgerufen hatten, um gegen die von Ministerpräsident Modi angekündigten Pläne zu protestieren, durch die großen Teilen der indischen Arbeitnehmerschaft auf Geheiß lokaler und ausländischer Investoren arbeitsrechtliche Schutzmaßnahmen vorenthalten würden.

Die wichtigsten indonesischen Gewerkschaftsdachverbände KSBSI, KSPI und KSPSI haben eine landesweite Kampagne für Mindestlöhne und Arbeitsgesetze gestartet und im September eine Demonstration in Jakarta organisiert, an der 25.000 ArbeitnehmerInnen teilnahmen.

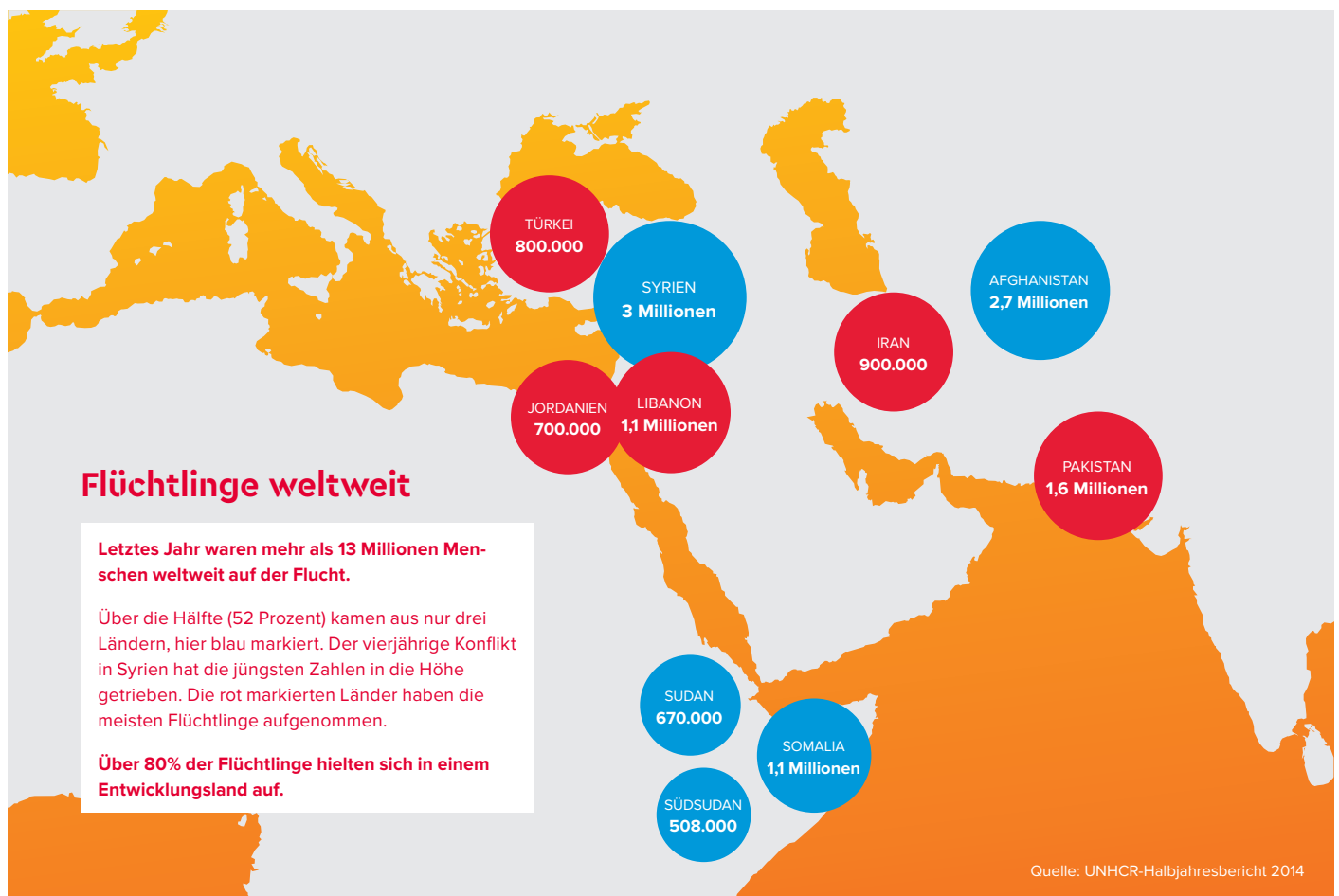
Trotz der großen Zahl der TeilnehmerInnen verlaufen die Proteste nach wie vor größtenteils friedlich, obwohl die Sicherheitskräfte oft unverhältnismäßig und gewaltsam reagieren. Es ist offensichtlich, dass die ArbeitnehmerInnen und die BürgerInnen in allen Ländern der Welt, auch in Demokratien mit progressiven Regierungen, politische Spielräume und Demokratie einfordern müssen.

Die Folgen der Angriffe auf Rechte und Freiheiten und die Antworten des IGB

Die Folge: Konflikte und Vertreibungen

Die dramatischste und tragischste Folge der derzeitigen globalen Lage ist das Ausmaß, in dem Menschen durch bewaffnete Konflikte vertrieben werden. In einigen Ländern greift der Staat seine eigene Bevölkerung

an, die Menschen erheben im Zuge von ethnischen und Landkonflikten die Waffen gegeneinander, und viele verlassen aus Angst vor Terrorismus und Extremismus ihre Heimat.



Die Welt steht vor der größten Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, mit 80 Prozent der Vertriebenen in Entwicklungsländern. Die jüngsten Ereignisse haben die Regierungen in Europa wachgerüttelt, aber noch nicht alle haben Verantwortung übernommen und sind bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, die Krieg, Terror und bitterer Armut entkommen wollen. Länder wie die Türkei, der Libanon und Jordanien brauchen mehr Unterstützung. In nahezu allen Ländern ist das Mitgefühl der Bevölkerung größer als das ihrer Regierungen.

Neue Zahlen des UNHCR belegen, dass nahezu 60 Millionen Menschen bis Ende 2014 aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Die Hälfte der Vertriebenen sind Kinder. Annähernd 14 Millionen Menschen wurden allein während des Jahres 2014 vertrieben. Die Türkei, der Iran und Pakistan beherbergen die größte Zahl der Flüchtlinge. Jeder vierte Flüchtling hält sich in einem Entwicklungsland auf.

Die Beendigung von Konflikten und Vertreibungen erfordert konkretes politisches Engagement, internationale Zusammenarbeit und Maßnahmen, die über die spezifischen Interessen einer Nation hinausgehen. Die Gewerkschaften müssen ihren Teil dazu beitragen, und der IGB tut dies im Rahmen seiner prioritären Arbeitsbereiche Frieden und Migration.

Antwort: Frieden

Der IGB setzt sich für die Nichtverbreitung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen sowie für die Inkraftsetzung des UN-Vertrages über den Waffenhandel ein und wird eine Gewerkschaftsdelegation bei der Konferenz zum Thema Abrüstung und Entwicklung im September 2016 in Berlin koordinieren.

Bei regionalen und subregionalen Aktivitäten wird es zudem schwerpunktmäßig um die Angriffe auf die Vereinigungsfreiheit und um ihre Rolle bei der Wahrung der Stabilität, der wirtschaftlichen Sicherheit und des sozialen Friedens gehen.

Der Arabische Gewerkschaftsbund (ATUC) hat 2015 mittels einer wichtigen Konferenz mit Maßnahmen gegen den Terrorismus begonnen und für 2016 Folgemaßnahmen geplant.



„Die Menschen hier tun, was sie können. Sie teilen mit uns, aber sie haben selbst nicht genug. Wir sind wegen des Krieges hier. Wir wollen nur, dass der Krieg endet und wir wollen nach Hause.“

**Busan,
aus Syrien in die Türkei geflüchtet**

Foto: IGB

Antwort: Migration

Das Thema Migration ist eine der Prioritäten des IGB. Neben den erläuterten Plänen für 2016 werden wir auch weiterhin für sozialen Schutz und das Recht auf Arbeit in Verbindung mit anderen bürgerlichen und politischen Rechten für alle Flüchtlinge und Asylsuchenden kämpfen. Wir werden weiterhin angemessene Unterstützung für Vertriebene und die Anerkennung von Vertreibungen als Herausforderung verlangen.

Wir sind uns des Mitgefühls und der Großzügigkeit des türkischen Volkes bewusst, das zwei Millionen Flüchtlingen Gastfreundschaft erweist, und beglückwünschen Deutschland zu seiner Vorreiterrolle in Europa. Alle Länder müssen mehr tun, um Flüchtlinge aufzunehmen und sich mit den Ursachen und Folgen der globalen Krise auseinanderzusetzen.

Die Folge: Korruption

Die Korruption breitet sich immer weiter aus. Überall sind Regierungen, Amtsträger, Unternehmen sowie Sport-, Kultur- und Gemeindevorrichtungen in Korruptionsskandalen verwickelt oder durch sie angeschlagen. Zudem verursachen die Steuervermeidungspraktiken von Konzernen immensen finanziellen Schaden, und die Unternehmen haben immer mehr Möglichkeiten, um mittels der digitalen Wirtschaft Gesetze zu umgehen, einschließlich der Arbeitsgesetze. Vielen Ländern fehlt es am politischen Willen, Gesetze zu erlassen und ge-

richtliche Schritte einzuleiten, so dass rechtsstaatliche Verfahren nicht aufrechtzuerhalten sind.

Die Skandale im Zusammenhang mit der FIFA haben im Kampf gegen die Korruption eine neue Front eröffnet und die Verbindungen zwischen Korruption und Arbeitnehmerrechtsverletzungen deutlich gemacht.

Die Korruption untergräbt unsere Finanzsysteme, unsere Demokratien und die Rechtsstaatlichkeit.



„Ich spreche als Fußballspieler: Wenn Katar sein Verhalten nicht ändert, wird es wegen der Missachtung der Menschenrechte eine WM der Schande und der Sklaverei geben.“

Abdeslam Ouaddou,
früherer marokkanischer
Fußballnationalspieler

Foto: Damienne Caron

Antwort: Globale Kohärenz

Steuervermeidung ist ein ernstes Problem, und die G20-Staaten haben jetzt die Befürwortung der OECD-Grundsätze beschlossen, um die Aushöhlung der Steuerbasis und die Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) zu beenden.

Die Kampagne für eine Finanztransaktionssteuer (FTS) geht weiter.

Der Global-Unions-Rat verfügt über ein von der IÖD koordiniertes Netzwerk für Steuerfragen, für die es einer internationalen Lenkung unter der Verantwortung der Vereinten Nationen bedarf.

Die Arbeit mit dem IOC in Bezug auf „Rechte im Sportbereich“ hat mit der PlayFair-Kampagne begonnen und dazu geführt, dass sich das Olympische Komitee zu „Menschenrechten und internationalen Auflagen“

für gastgebende Städte/Nationen verpflichtet hat, was inzwischen auf die Leichtathletik und andere Sportarten ausgeweitet wurde. Das Institut für Menschenrechte und Wirtschaft und die OECD verfügen über wichtige Initiativen zugunsten von Rechten und Transparenz in Bezug auf rechtsstaatliche Verfahren in gastgebenden Ländern und Sportgremien.

Die Forderung nach einer „unabhängigen Reformkommission“ bei der FIFA wird jetzt von wichtigen Sponsoren unterstützt. Die Kampagne wird fortgesetzt und weiter Druck ausüben, damit sich alle gastgebenden Städte/Nationen, einschließlich Katars, zu Arbeitnehmerrechten verpflichten. Diese grundlegenden Rechte müssen zudem in den Lieferketten aller Bau-, Produktions-, Transport- und Dienstleistungsunternehmen, die im Zusammenhang mit Sportereignissen tätig sind, respektiert werden.

Antwort: Die Macht der Unternehmen eindämmen

Die Macht multinationaler Unternehmen ist inzwischen so groß geworden, dass sie den Welthandel korrumpiert hat. Die Firmenchefs wissen, dass ihre Gewinne oft auf niedrige Löhne, von denen die Menschen nicht leben können, zurückgehen; dass diese Gewinne auf Kosten der Sicherheit gehen, mit unverzeihlichen und zum Teil tödlichen Arbeitsunfällen; dass diese Gewinne durch Steuervermeidung steigen oder in tragischer Weise mit der Verschmutzung von Boden und Wasser in Verbindung stehen, während ihre Lobbyteams die Regierungen zur Abkehr von rechtsstaatlichen Verfahren veranlassen, mit denen sie zur Verantwortung gezogen werden könnten.

Die Zahl der versteckten Arbeitskräfte großer Konzerne in Lieferketten beläuft sich auf Zig-Millionen und beinhaltet zunehmend informelle Tätigkeiten und Sklaverei.

Die IGB-Kampagne „Stopp der Profugier“ zielt auf eine weltweite Mobilisierung gegen die Korruption in Lieferketten und für einen existenzsichernden Mindestlohn, Rechte, sichere und gefahrenfreie Arbeit, untermauert durch sowohl innerstaatliche als auch grenzübergreifende rechtsstaatliche Verfahren, ab. Die G7 hat den Ernst dieses Problems zwar erkannt, muss jetzt aber handeln.



Antwort: Sklaverei beenden

Im Fokus unserer Arbeit für die Beendigung von Sklaverei hat bisher Katar gestanden, und das wird auch so bleiben. Der IGB hat diese Arbeit zudem auf die VAE, auf Mauretanien, Niger und Paraguay ausgeweitet. Das Zwangsarbeitsprotokoll der IAO ermöglicht uns Organisationsaktivitäten innerhalb einzelner Länder und über Ländergrenzen hinweg.

Zudem werden Unternehmen, die auf Zwangsarbeit zurückgreifen, bloßgestellt und wenn möglich gerichtlich belangt werden.



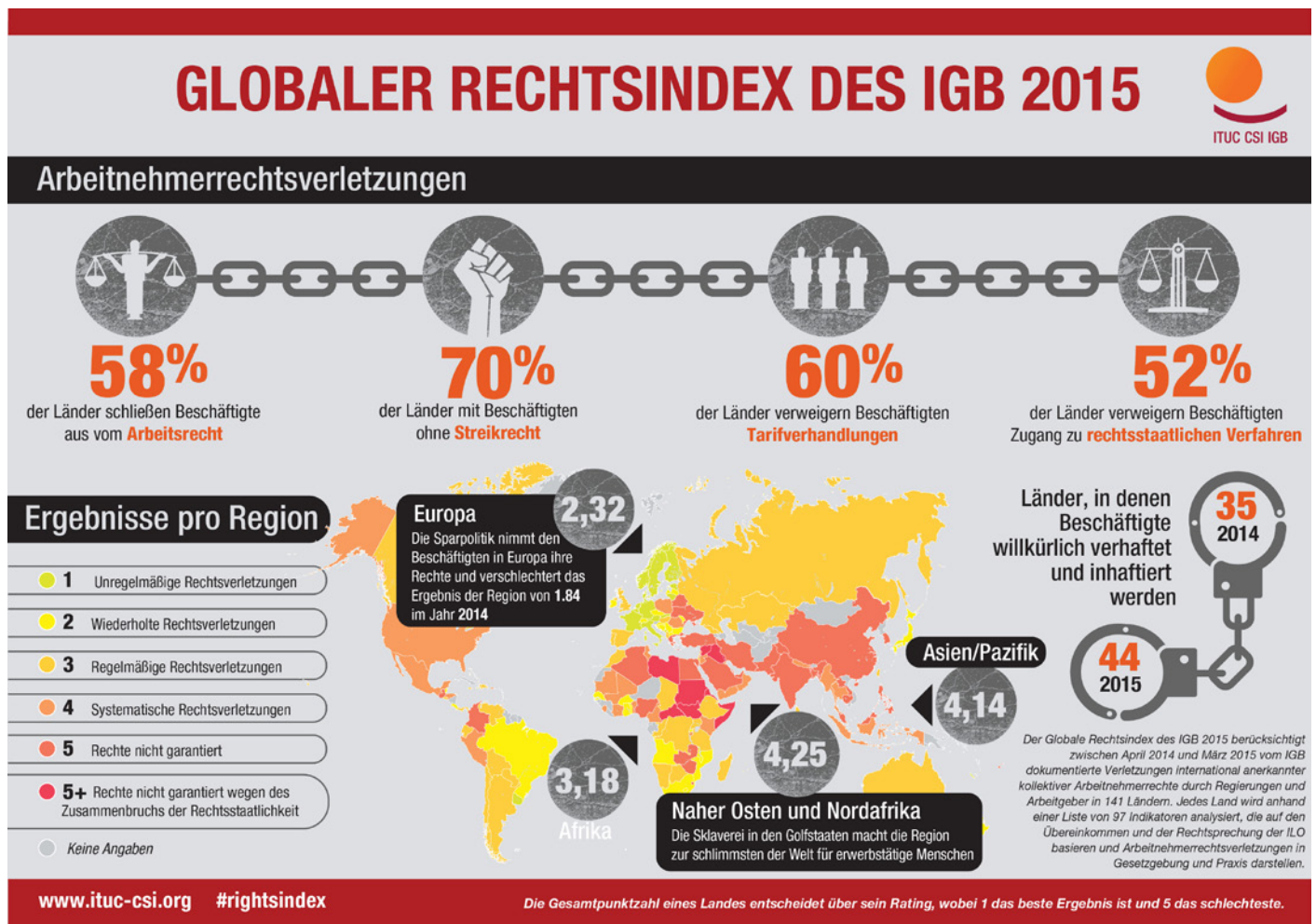
Antwort: Gefährdete Länder

Der IGB hat sich gemeinsam mit dem TUCA mit Erfolg für die Fortsetzung der Arbeit der Internationalen Sonderkommission der Vereinten Nationen gegen Straffreiheit in Guatemala eingesetzt, die jetzt zu Korruptionsvorwürfen gegen den Präsidenten Guatemalas und andere Spitzenbeamte geführt hat.

Die Verbindung zwischen Korruption und eklatanten Arbeitnehmerrechtsverletzungen, einschließlich der Ermordung zahlreicher GewerkschafterInnen, ist in Guatemala offensichtlich, und es besteht jetzt die Möglichkeit, dass ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes beginnt.

Die Folge: Straffreiheit und Gewaltverbrechen

In vielen Ländern haben die Konflikte zu Straffreiheit und Gewaltverbrechen geführt. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden verhaftet, inhaftiert, angegriffen und in tragischer Weise ermordet. Aus dem Globalen Rechtsindex des IGB geht für 2015 eine Zunahme der Verhaftungen hervor.



Die Gewalt gegenüber Frauen nimmt zu. Fünfunddreißig Prozent aller Frauen weltweit haben schon einmal unter körperlicher und/oder sexueller Gewalt zu leiden gehabt, und zwischen 40 und 50 Prozent der Frauen erleben ungewollte sexuelle Annäherungsversuche, körperliche Berührungen oder andere Formen von sexueller Belästigung bei der Arbeit.



“Die Beteiligung an der Protestaktion ist das Beste, was ich in den vier Jahren, in denen ich in der Studentenbewegung aktiv bin, gemacht habe. Ich werde es nicht bereuen, auch wenn ich den Preis dafür zahlen muss.”

Joshua Wong,
Studentenführer Hongkong

Foto: IGB

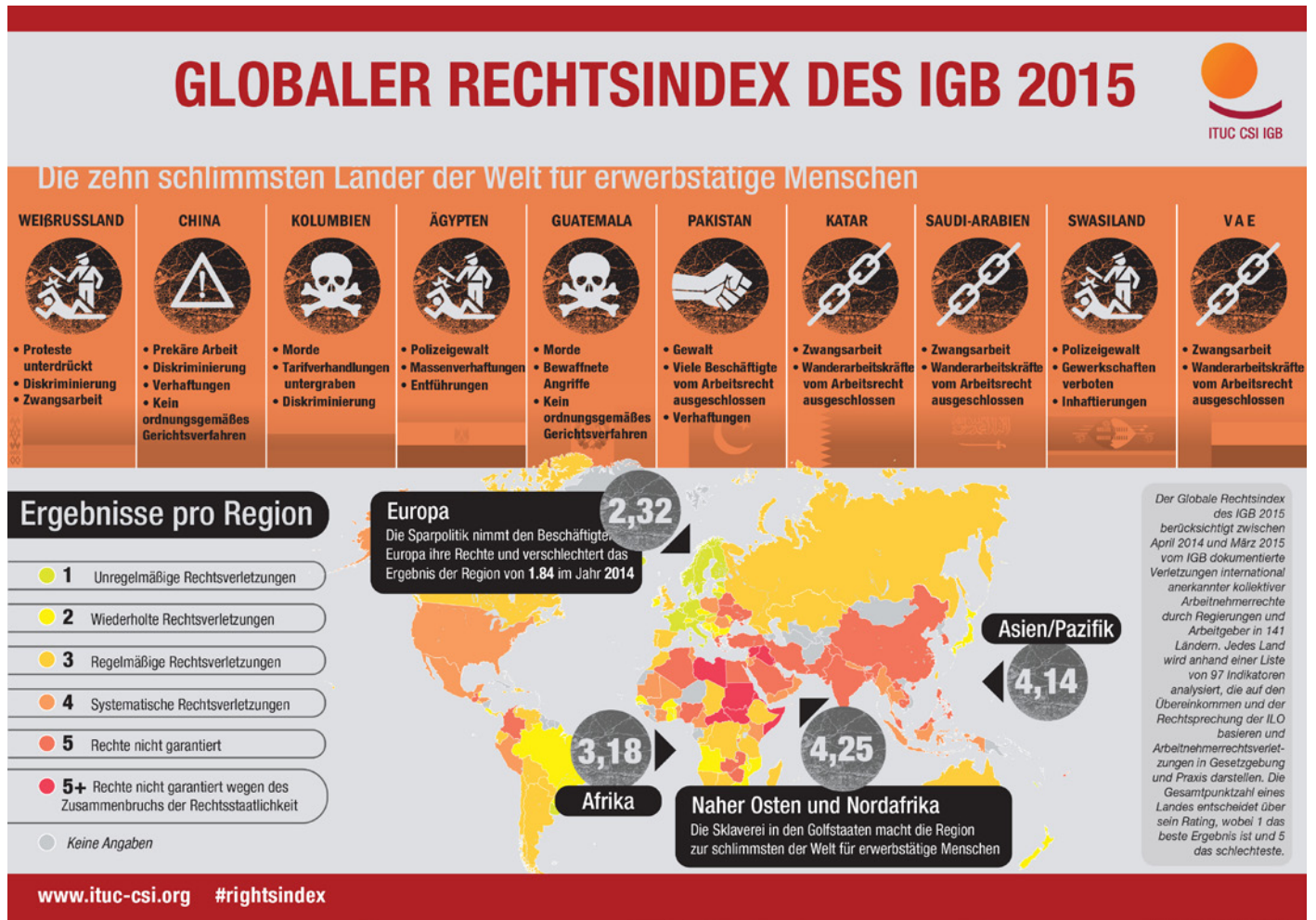
Antwort: Gefährdete Länder

Die Beobachtungsliste des IGB ist sowohl auf innerstaatliche als auch auf internationale Abhilfe im Falle von Straffreiheit ausgerichtet. Neben der laufenden Organisations- und Lobbyarbeit beziehen sich die aktuellen Forderungen nach einem IAO-Untersuchungsausschuss u.a. auf Guatemala, Fidschi und Katar.

Der IGB bemüht sich zudem um eine neue IAO-Norm gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

Die Folge: Ungleichheit und Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte

Die Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte sind eskaliert, und obwohl aus dem Globalen Rechtsindex die arabischen Länder als repressivste Region für erwerbstätige Menschen hervorgehen, ist es Europa, das 2015 die größte Verschlechterung der Rechtslage erlebt hat.



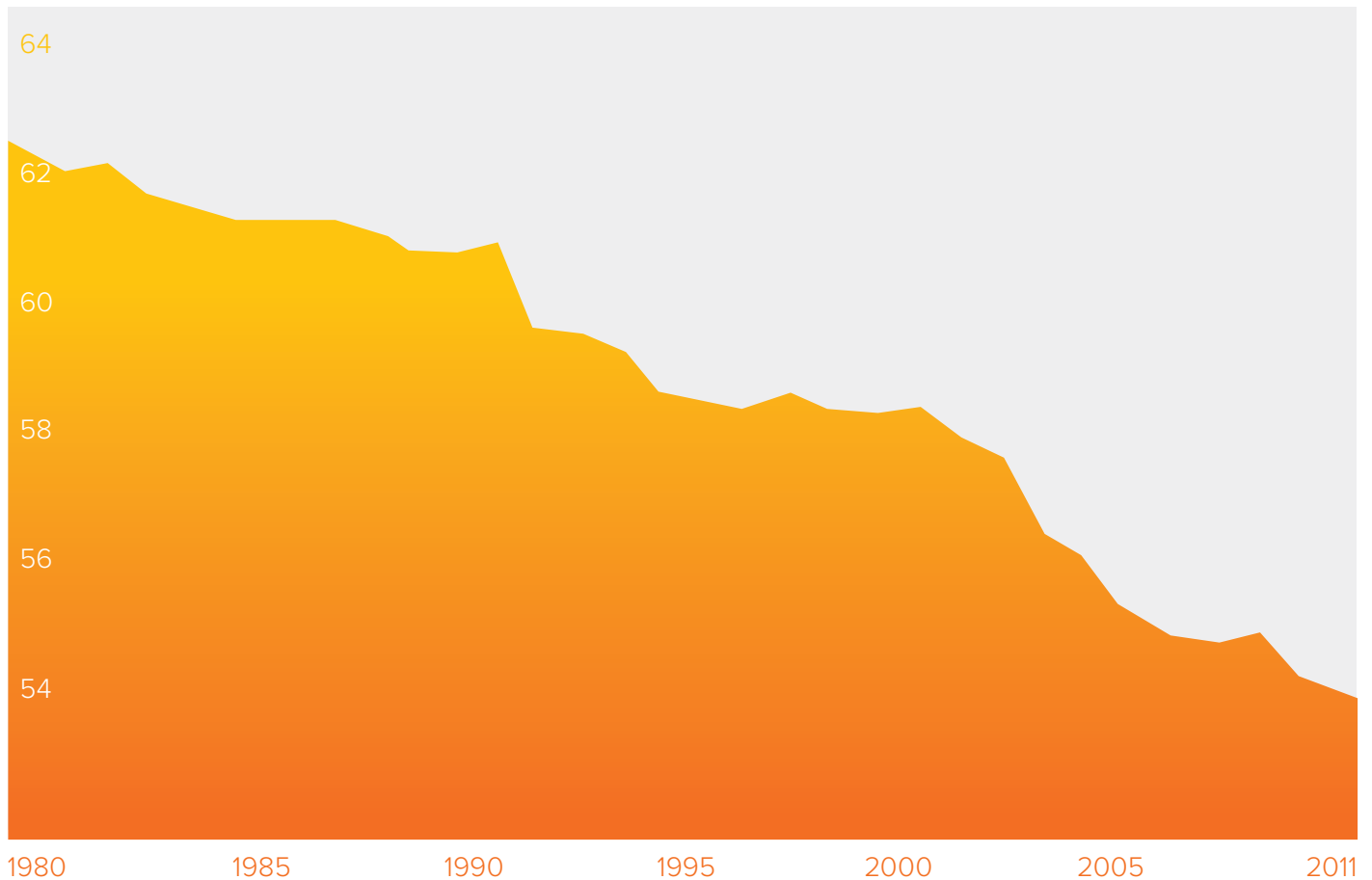
In Verbindung mit niedrigen Löhnen und einer rückläufigen Lohnquote in nahezu jedem Land nimmt die Ungleichheit zu und die weltweite Nachfrage ist eingebrochen, wodurch weitere Arbeitsplätze gefährdet sind.



„Die Arbeitgeber geben von ihrem Reichtum nichts ab. Wenn keine Verhandlungen möglich sind, gibt es keinen menschenwürdigen Lohn.“

**Cristina,
Spanien**

Anteil der Arbeitseinkommen an der globalen Gesamtproduktion



Quelle: UNCTAD (2013), Handels- und Entwicklungsbericht 2013, S. 14.

Antwort: Globale Kohärenz

Alle IFIs haben mittlerweile erkannt, dass Ungleichheit eine globale Gefahr darstellt, aber der Kampf für die Lösungen – existenzsichernde Mindestlöhne, Tarifverhandlungen, Rechte und Sozialschutz – geht weiter.

Die Arbeitsminister der G20 haben diese Maßnahmen als wichtigen Bestandteil der Antwort befürwortet, um den Anteil der Arbeitseinkommen zu erhöhen. Die Herausforderung besteht darin, die Staats- und Regierungschefs dazu zu veranlassen, es ihnen gleichzutun und die Umsetzung dieser Maßnahmen voranzutreiben.

Die Flüchtlingskrise erfordert globale Lösungen. Der IGB unterstützt das Recht auf Arbeit neben anderen bürgerlichen und politischen Rechten, einschließlich eines garantierten Sozialschutzes.

Antwort: Organisation

Die Organisation und Mobilisierung unserer Mitglieder ist der Schlüssel zur Stärkung der ArbeitnehmerInnen und zur Herstellung eines Machtgleichgewichts durch politische Reformen und Tarifverhandlungen. Im Fokus der Organisationsakademie des IGB steht die Schulung leitender OrganisatorInnen, um genau dafür zu sorgen.

Die Verteidigung der Demokratie und Grundfreiheiten ist der Eckpfeiler der Arbeit des IGB und ein zentrales Element vieler unserer Aktivitäten. Es wird vorgeschlagen, 2016 in Verbindung mit der 16. Sitzung des IGB-Vorstandes einen eintägigen Gipfel zum Thema demokratische Rechte und Freiheiten abzuhalten.

Es kann keinen Kompromiss bei demokratischen Rechten und Freiheiten geben.

